

Gastbeitrag zur Frage, wer im Kanton Solothurn eigentlich das Sagen hat.

Regierung wird von Beamten regiert

An den Budget-Gemeindeversammlungen des letzten Jahres zeigte sich, dass die Grenzen der finanziell verantwortbaren Lasten für zahlreiche Solothurner Gemeinden und offensichtlich auch für den Kanton erreicht, möglicherweise sogar überschritten sind. Auf kantonaler Ebene sind erste finanzielle Sanierungsbestrebungen initiiert. Es ist aber seltsam ruhig bezüglich der konkret geplanten Massnahmen. Höchstwahrscheinlich wird wieder nach dem Floriansprinzip operiert. Beinahe alle bisherigen Sanierungsbemühungen wiesen nämlich eine Gemeinsamkeit auf. Die Probleme wurden nicht wirklich gelöst, Scheinlösungen und Ablastungen waren und sind sehr beliebte Optionen.

Durch den Kanton vorgegeben Qualitätsstandards mit teilweise weit übertriebenen Eignungsvoraussetzungen sowie eine partiell unsinnige und teure Bürokratie liessen in den letzten Jahren die Kosten bei den Gemeinden massiv ansteigen. Zudem sollen die kantonale Pensionskasse saniert, die Klassenlehrpersonen entlastet, die Kindergärtnerinnen lohnmässig angehoben, Tagesstrukturen geschaffen und die Spitex ausgebaut werden. Zur Einführung von zusätzlichen Betreuungsangeboten leistet der Kanton via Lotteriefonds sogenannte Anstossfinanzierungen in der Hoffnung, dass die Gemeinden später die finanzielle Last übernehmen werden. Es könnten weitere Beispiele genannt werden. Das ist aber gar nicht mehr notwendig, die Schlussfolgerung ist nämlich glasklar: Das Fuder ist völlig überladen.

Was ist zu tun?

Insbesondere der Regierungsrat muss endlich eine Gesamtschau über die finanziellen Wirkungen aller öffentlichen Aufgaben vornehmen und, wo sinnvoll, korrigierend eingreifen. Für die Steuerpflichtigen ist es nämlich unwesentlich, ob sie Bundes-, Staats- oder Gemeindesteuern bezahlen. Wesentlich ist für sie die gesamte Abgaben-, Gebühren- und Steuerlast.

Das kümmert aber offensichtlich die Regierungen kaum. Der Bund wälzt Kosten auf die Kantone ab. Der Kanton nimmt zunehmend die Rolle als Vormund des Bürgers ein, regelt Details, welche definitiv nicht auf diese Stufe gehören und versucht seinerseits möglichst viele Lasten abzuwälzen. Und bekanntlich beißen den Letzten die Hunde. Das sind die Gemeinden mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die Schweiz verdankt ihren Wohlstand weitgehend der politischen Stabilität. Diese gründet sehr stark auf dem direkten Mitwirkungsrecht der Bürgerinnen und Bürger und dem Subsidiaritätsprinzip. Die Gemeindeversammlungen ermöglichen die direkte Kontrolle durch die Betroffenen. Das ist gelebte Demokratie. Die Rolle der Gemeinden ist definitiv eine staatstragende. Wenn jetzt zahlreiche Zentralisten versuchen, die bewährten Systeme durch politisch kaum beeinflussbare Gebilde zu ersetzen, liegen sie völlig falsch. Die von einigen Verwaltungsstellen angestrebte Degradierung der Gemeinden zu reinen Zahl- und Vollzugsstellen muss unbedingt und sofort gestoppt werden. Das Floriansprinzip ist durch eine finanz- und sachpolitische Gesamtsicht zu ersetzen. Um dies umzusetzen braucht es allerdings eine Regierung, welche regiert und nicht eine Regierung, welche durch die Beamten regiert wird. Der saloppe Ausspruch eines Solothurnischen Amtsvorstehers „Regierung vergeht, Verwaltung besteht“ zeigt doch überdeutlich, wer offensichtlich im Kanton Solothurn das Sagen hat. Das darf so nicht sein.